

--- --

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 19.45 Uhr

Anwesend: Siehe vorgeheftete Anwesenheitsliste!

Tagesordnung:

Stellungnahme zur weiteren Beschlagnahme von Wohnungen durch die britische Militärregierung.

/ Bürgermeister Sünkel eröffnet die Ratsversammlung, begrüßt die Ratsmitglieder und stellt die Beschlußfähigkeit der Ratsversammlung fest. Er gibt bekannt, daß die Ratsversammlung einberufen sei auf Grund eines Antrages der SPD.-Fraktion vom 26.7.1946. Nach Verlesung des genannten Schreibens der SPD.-Fraktion kommt auch das Schreiben der KPD.-Fraktion vom 29. Juli 1946, die sich dem Antrage der SPD. angeschlossen hat, zur Verlesung. Die Fraktion der CDU. habe ihm erklärt, daß sie sich den Anträgen der SPD. und KPD. der Sache nach anschließen. Der Bürgermeister erteilt nunmehr das Wort zur Beratung des Tagungsgegenstandes. Zuvor macht er in aller Form darauf aufmerksam, daß es verboten ist, an der ~~Geschäftsordnung~~ bzw. an den ~~Weisungen~~ der Militärregierung Kritik zu üben.

Als Erster nimmt Ratsmitglied Bröker das Wort. Seine Ausführungen ergeben sich aus der beigefügten Anlage. Er empfiehlt die Annahme einer entsprechenden Entschliebung.

Hiernach spricht in längeren Ausführungen das Ratsmitglied Henne. Dieselben ergeben sich ebenfalls aus der beigefügten Anlage.

Ratsmitglied Rechtsanwalt W. Schnitger unterstützt im allgemeinen den Antrag der SPD. und KPD. Es sei notwendig, daß der vorjährige Zustand wieder hergestellt und die Stadt bei Beschlagnahmen vorher gehört würde. In erster Linie müßten die Häuser derjenigen beschlaggenommen werden, von denen feststehe, daß die Eigentümer politisch besonders belastet seien. Bei der Auswahl der Häuser müßte die Stadtverwaltung von vornherein gehört werden. Ratsmitglied W. Schnitger stellt namens seiner Fraktion den Antrag, daß der Bürgermeister bei der Militärregierung vorstellig wird, die dafür Sorge tragen müsse, daß die Wohnungen nicht wild beschlaggenommen, sondern von der Militärregierung beim Bürgermeister angefordert werden. Ferner stellt er den Antrag, daß die leerstehenden Häuser zurückgegeben werden.

Stadtdirektor Dr. Moes gibt einen Überblick über die bisherigen Beschlagnahmen. Als im vorigen Sommer Beschlagnahmen im großen Umfange begannen, kamen im wesentlichen nur solche für die RAF. in Betracht. Beschlagnahmen wurden damals von dem Stadtkommandanten ausgesprochen. Es wurde eine Besatzungszone gebildet, auf die sich die Beschlagnahmen beschränkten. Die Beschlagnahmen haben dann dadurch überhand genommen, daß andere Truppenteile Häuser für Messen, Klubs usw. benötigten. Hinzu kamen die Bedürfnisse für die deutschen Zentralstellen, die mit den englischen Dienststellen eng in Verbindung stehen.

Nun

Nun seien seit einigen Tagen auch noch die Beschlagnahmungen von Familienwohnungen dazu gekommen. Für diese würde von den Engländern die ganze Stadt nach geeigneten Objekten abgesucht. Vor allem würden Wohnungen in der Nähe der Kasernen und des Fliegerhorstes ausgesucht. Nach ihm gewordener Mitteilung würde noch ein Ingenieur-Regiment erwartet. Es sei damit zu rechnen, daß noch rd. 40 Häuser beschlagnahmt würden. Stellvertr. Stadtdirektor Dr. Wiesner gibt noch einige zusätzliche Erläuterungen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister schlägt vor, eine Resolution zu fassen, hinter der die gesamte Ratsversammlung stehe. Auf Antrag wird die Sitzung für 5 Minuten für eine interfraktionelle Besprechung unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verliest der Bürgermeister eine Resolution, die anschließend von der Ratsversammlung bei 3 Stimmenthaltungen angenommen wird. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

1. Mit steigender Unruhe sieht die Bevölkerung der Stadt Detmold, dass in den letzten Wochen zahlreiche weitere Häuser beschlagnahmt worden sind. Ausserdem sind Besichtigungen weiterer Häuser vorgenommen worden. Dadurch steht die Bevölkerung unter dem bedrückenden Gefühl, dass ihre schwierige Lage durch weitere Beschlagnahmungen noch erheblich verschlechtert werden wird.
2. Grosse Erbitterung herrscht darüber, dass diese Massnahmen durchgeführt werden, obwohl eine erhebliche Anzahl beschlagnahmter Häuser leer stehen und weitere nur schwach belegt sind.
3. Die Ratsversammlung hat Verständnis für die unbedingt erforderlichen Massnahmen, sie ist aber der Ansicht, dass diese für die deutsche Bevölkerung erträglich bleiben müssen.
4. Bei den heutigen technischen Möglichkeiten und der in Lippe vorhandenen Bauindustrie würde es nicht schwer sein, innerhalb kurzer Zeit eine grössere Anzahl neuer Häuser zu errichten.
5. Die Ratsversammlung ist einstimmig der Meinung, daß diese Massnahmen der Militärregierung für die Kräfte, die sich für den Aufbau der Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt haben, eine sehr schwere Belastung bedeuten.
6. Der Bürgermeister wird beauftragt, im Namen der Ratsversammlung diese Punkte mit Nachdruck bei der Militärregierung zu vertreten."

Der Bürgermeister schlägt vor, noch folgende Punkte auf die heutige Tagesordnung zu setzen:

1. Verlesung und Genehmigung des Protokolls über die Sitzung der Ratsversammlung am 24.6.46.
2. Erweiterung des örtl. Unterausschusses für die Entnazifizierung und Bestätigung neuer Unterausschußmitglieder.
3. Wahl von 5 ortsansässigen Mitgliedern einschl. eines Mitgliedes der Ratsversammlung für den Flüchtlingsausschuß.
4. Überlassung eines Grundstücks in Erbpacht an Herrn Baurat Wähdel.

Die Ratsversammlung erklärt sich gemäß Ziffer II Abs. 2 der Geschäftsordnung mit der Beratung der vorgeschlagenen Gegenstände einstimmig einverstanden.

Zu 1: Das Protokoll über die Sitzung der Ratsversammlung am 24.6.46 wird verlesen und genehmigt.

Zu 2: Die Erweiterung des örtl. Unterausschusses für die Entnazifizierung

nazifizierung gemäß Vorschlag des Bürgermeisters wird genehmigt.  
Der örtl. Unterausschuß setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

- Von der CDU.: Hartkopf (als Vorsitzender), Neuser, Priester.
- " " SPD.: Kleine, Rohlfs, Siepen.
- " " KPD.: Langemann und Finis.
- Als Parteilooser: Rudolf Raulfs.

Die Ratsversammlung erklärt sich mit der Wahl der vorstehend genannten Mitglieder einverstanden.

Zu 3: In den Flüchtlingsausschuß werden einstimmig gewählt:

- ✓ 1. Ratsmitglied Albert Bock, Detmold, Hofstr. 14.
- 2. Frau Heep, Detmold, Heidenöldendorferstr. (Behelfsheim)
- 3. Pastor Rohlfing, Detmold, Palaisstr.
- 4. Ratsmitglied Karl Ziegenbein, Detmold, Bruchmainerstr.44.
- 5. Frau Krenzlin, Detmold, Siegfriedstr. 68.

Zu 4: Die Ratsversammlung genehmigt die Überlassung eines Grundstücks in Erbpacht in Größe von rd. 2700 qm von dem städtischen Grundstück "Unterm Weinberg" an den Herrn Baurat Wähdel.

Zum Schluß teilt Bürgermeister Sünkel noch mit, daß der Hauptausschuß morgen, Donnerstag, den 8. August 1946, 17 Uhr, zusammentritt.

*Sünkel*  
Bürgermeister

*Langemann*  
Ratsmitglied

Beglaubigt:

*W. Müller*  
Schriftführer.

*Mit dem Rat genehmigt.*

*Mr.*

*Ratsversammlung vom 29.8.46.*

*W. Langemann mit Genehmigung.*

*Lang. Müller*